

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

47 (25.2.1921)

Zur Regierungsfrage

und aus Berlin geschrieben:

Die bisherige aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestehende Regierungskoalition hat bei den preussischen Landtagswahlen die Mehrheit behalten. Die bürgerlichen Parteien können aber keine Lust zu haben, die alte Koalitionspolitik fortzusetzen, sie wollen die Gelegenheit dazu benutzen, um die Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen gleichartig zu gestalten. Warum diese gleichartige Gestaltung der Regierungen im Reich und in Preußen notwendig sein soll, ist nicht ohne weiteres einzusehen. Preußen ist verfassungsmäßig ein Bundesstaat wie jeder andere, und niemand ist bisher auf den Gedanken gekommen, daß die Regierungsverhältnisse in Lippe denen im Reich oder die Regierungsverhältnisse im Reich denen in Lippe gleichgestaltet werden müssen. Man kann natürlich dagegen mit Recht einwenden, daß Preußen eben nicht Lippe ist, sondern der größte deutsche Bundesstaat und daß die Zentralen des Reiches wie jene in derselben Stadt ihren Sitz haben, daß sich also aus einer Verschiedenartigkeit der Regierungsverhältnisse auf der einen Seite der Wilhelmstraße Unzulänglichkeiten und Reibungen ergeben können. Das ist zugegeben, nur ist zu fragen, ob es nicht zu größeren Unzulänglichkeiten führt, wenn man die Regierung des Reiches oder jene Preußens der Gleichartigkeit wegen in das Profilgesetz bringt.

Im Reich hat am 6. Juni die Koalitionsmehrheit aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zu bestehen aufgehört, in Preußen besteht sie dagegen weiter. Im Reich hat man wegen des Unterganges der alten Koalition zu dem Verlegenheitsmittel einer Minderheitsregierung, bestehend aus Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten greifen müssen, in Preußen besteht diese Notwendigkeit nicht und daher auch kaum die Möglichkeit. Im Reich ist die Sozialdemokratie freiwillig aus der Regierung herausgegangen, sie hat der Bildung und dem Bestand einer Regierung ohne sie darum möglichst wenig Schwierigkeiten in den Wege gelegt. Würden sich die Parteien der Reichskoalition nun untereinander verständigen, der Sozialdemokratie, der stärksten im Reich, die wichtigsten politischen Parteien des Landes den Stuhl vor die Tür zu setzen, so würde das nicht eben als eine Freundschaft betrachtet und weder im Reich noch im Reich mit Freundschaften beantwortet werden. Die Reichskoalition kann gegen den Widerstand der Sozialdemokratie weder im Reich noch in Preußen regieren, es wäre denn, daß sie die stets hilfsbereiten Deutschnationalen zur Hilfe anriefen, und dann wäre im Reich wie in Preußen der antisozialdemokratische Bürgerblock unter monarchistisch-reaktionärer Führung fertig. Ob das dem Reich und Preußen oder auch nur den an diesem Komplott beteiligten bürgerlichen Mittelparteien nützlich wäre, ist zu bezweifeln.

Aber so ist es wohl nicht gemeint. Was die Parteien der Reichskoalition wollen, das ist die gleichzeitige Verankerung der Reichsregierung nach links und der preussischen Regierung nach rechts. Im Reich wie in Preußen soll eine Koalition regieren, die aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten besteht.

Am merkwürdigsten ist dabei die Haltung der Deutschen Volkspartei. Diese hat sich bekanntlich nach den Reichstagswahlen bemüht, eine Regierung mit den Sozialdemokraten zustande zu bringen, holte sich dabei aber einen Korb. An eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung wurde damals nicht gedacht, man nahm wohl an, es sei schon zumutbar genug, die Sozialdemokratie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzuladen und schenke die weitere Belastung dieses Plans durch Einziehung der Konservativen. In den ersten Verhandlungen hat aber die Deutsche Volkspartei die berühmten Verhandlungen mit den Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten zwecks Bildung einer Regierung der nationalen Einheitsfront geführt, deren Ergebnis war, daß die Sozialdemokraten ablehnten, die Deutschnationalen eben dasselbe taten, aber später wieder umfielen. Die Deutschnationalen haben also jetzt ihre Bereitschaft erklärt, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Regierung im Reich zu bilden — ein Plan, von dem Genosse Scheidemann nicht über sagte, eine Heirat mit des Teufels Großmutter sei dagegen noch ein appetitliches Unternehmen. In jenen Verhandlungen erklärte nun die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen auf Befragen ausdrücklich, eine einseitige Verdrängung der Regierungskoalition nach links komme für sie nicht in Frage, machten die Deutschnationalen nicht mit, so wollten sie auch die Sozialdemokraten in die Reichsregierung nicht aufnehmen.

Wenn jetzt die Deutsche Volkspartei geneigt sein sollte, im Reich und in Preußen eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten ohne die Deutschnationalen zu bilden, so würde das eine ganz erhebliche Änderung der Haltung bedeuten, die sie noch vor drei Wochen eingenommen hat, aber dies wäre schließlich ihre Sache!

Der angezeigte Ausgleich zwischen dem Reich und Preußen entspricht den einseitigen tatsächlichen Bedürfnissen der bürgerlichen Parteien. Diese möchten in Preußen ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie durch Zugang von rechts verstärken, im Reich aber einen Teil ihrer Verantwortung auf die Sozialdemokratie abladen. Das ist von ihrem Standpunkt aus gewiß sehr schlau erdacht, fraglich bleibt nur, ob es von der Sozialdemokratie ebenso schlau wäre, darauf einzugehen. Ernstweilen droht das Verhalten des Zentrums und der Demokraten nur das Wenige, was an Ordnung vorhanden ist, zu zerstören und zwar unwillkürlich zu zerstören. Im Reich besteht jetzt eine Minderheitsregierung, der kein Mensch was tut, obwohl doch wirklich mancherlei gegen sie zu sagen wäre, in Preußen kann die alte Koalition weiter bestehen bleiben, weil sie eine sichere Mehrheit hat, es könnte also alles bis auf weiteres beim Alten bleiben. Wenn das Zentrum und die Demokraten der Sozialdemokratie die Koalition kündigen, so schaffen sie zunächst im Reich und in Preußen an Stelle der bisherigen leidlichen Ordnung ein Chaos, und es ist ganz ungewiß, was sich aus ihm neu gestalten soll. Die Sozialdemokratie denkt natürlich nicht daran, sich einfach im Reich und in Preußen zu verenden zu lassen, wie es den bürgerlichen Parteien gerade beliebt. Sie wird von den Parteien der Reichskoalition kein Wort entgegennehmen, und man wird ihr mit Zumutungen, die in Verleumdung der gegebenen Machtverhältnisse festgesetzt sind, hoffentlich erst gar nicht kommen.

Der 20. März

Der Märzmonat des Jahres 1921 wird für die deutsche Zukunft überaus bedeutungsvoll sein. Am 1. März beginnt die Londoner Konferenz und am 20. März findet, wie der Oberste Rat an seiner ersten Sitzung in London nunmehr beschlossen hat, die Abstimmung in Oberschlesien statt. Es war seit langem bekannt, daß dieser Tag als Abstimmungstag vorgesehen war, aber eine endgültige Entscheidung war bisher noch nicht getroffen. Wichtiger aber als die Entscheidung über das Datum ist die Entscheidung des Obersten Rates darüber, daß die auswärtigen und die einheimischen Stimmberechtigten gemeinsam an einem Tage abstimmen sollen. Wir wissen genau, wie stark die polnischen Kräfte waren, die Frankreich zu bestimmen suchten, für eine getrennte Abstimmung zu votieren, weil man sich daraus propagandistische Erfolge auf polnischer Seite versprach. Dieses Vorhaben ist mißlungen, und fortan wird dasitzen wie der Lohrgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Immerhin ist auf unserer Seite auch jenseitig größte Besorgnis am Platze.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß nunmehr die Deutschen in Oberschlesien und im Reich bis auf den letzten Mann ihre Pflicht tun werden, aber wir müssen doch noch auf einige Tatsachen hinweisen, die überaus bedenklich sind. Frankreich wird mit Polen ein Militärbündnis schließen. Wir fragen: Wird Frankreich auch dann noch Neutralität in der Interalliierten Kommission wahren können? Der Plan eines polnisch-französischen Handelsvertrages, der jetzt in Paris vorliegt, sieht Begünstigungen für das französische Kapital in Oberschlesien vor. Oberischlesien soll an Frankreich verschauert werden. Auch gegen diesen neuesten Schachzug der Polen werden wir uns zu wehren wissen.

Eine sterbende Partei

Die Wahlkatastrophe der Unabhängigen läßt sich nun im vollen Umfange übersehen. Sie hatten am 6. Juni bei den Reichstagswahlen innerhalb des preussischen Gebietes fast genau drei Millionen Stimmen aufgebracht. Jetzt beträgt ihre Stimmenzahl gerade den dritten Teil hiervon, nämlich wenig über eine Million. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß jetzt Ostpreußen und Schleswig-Holstein mitgemeint haben, die bei der Reichstagswahl nicht wählten. Rechnet man diese beiden Provinzen ab, so ergibt sich für den preussischen Rest, daß die Stimmenzahl der Unabhängigen gegen den Juni 1920 nicht auf ein Drittel, sondern betrahe auf ein Viertel gesunken ist.

Diese furchtbare Katastrophe sucht nun die „Freiheit“ mit der Ausrede zu bemänteln, die Sozialdemokraten hätten den „großen Wohlapparat“, die Kommunisten hätten das „Moskauer Geld“ gehabt, was beides den Unabhängigen gefehlt habe. Den Unabhängigen hat in Wahrheit etwas ganz anderes gefehlt als Apparat und Geld und fehlt ihnen heute noch: Es fehlt ihnen nämlich eine geistige Grundlage, auf der sich eine Partei aufbauen läßt. Die Sozialdemokratie steht auf der Grundlage der Demokratie und der sozialistischen Entwicklung, die Kommunisten stehen auf der Grundlage der Diktatur und des gewalttätigen Umsturzes der Wirtschaftsordnung. Die Unabhängigen aber stehen weder auf der einen noch auf der anderen Grundlage, sondern hängen zwischen diesen beiden Prinzipien in der Luft. Und deswegen gibt es auch von ihrer Niederlage keine Erlösung mehr. Eine Partei, die eine feste geistige Grundlage hat, kann Niederlagen erleiden, aber sie erholt sich immer wieder. Für eine Partei ohne geistige Grundlage ist die erste Niederlage der Tod.

Auch nach rechts?

Die Reaktion spricht augenblicklich sehr viel von dem „Aus nach rechts“. Da die Wahlsieger nicht antreuen, um sie an das Ziel ihrer Wünsche zu bringen, betont jetzt die Rechte, es sei doch nicht zu verlieren, daß sich eine gewaltige Veränderung in der Stimmung des Volkes vollzogen habe. Wenn wir uns ein richtiges Bild von diesem „Aus nach rechts“ machen wollen, müssen wir die Wahlen zum Reichstag vom 6. Juni heranziehen. Wäre damals der preussische Landtag neu zusammengesetzt worden, dann hätte sich folgendes Bild ergeben:

Soz. 80 Sitze, Zentrum 67, Dem. 25, D.N. 62, E.S. 61, Unabhäng. 72, Kommunisten 4. Nach den Preußenwahlen vom 21. Februar erhielten die Sozialdemokraten 106 Sitze, das Zentrum 70, die Demokraten 26, die Deutschnationalen 72, die Deutsche Volkspartei 57, die Unabhängigen 26, die Kommunisten 20. Die Sozialdemokratie allein hat mehr Sitze gewonnen als die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen zusammen. Die Verluste der Unabhängigen bedeuten keinen Erfolg für die Rechte. Die Abstimmungsliste der Unabhängigen hat ihre Wähler zur Wohlmeinung gebracht. In der Nationalversammlung gab es 100 Sozialisten, im neuen Bundtag gibt es 100 Kommunisten und Sozialisten. Der „Aus nach rechts“ ist wahrlich nicht mehr erschütternd.

Die Vieh- u. Fleischschmuggel an der Westgrenze

Der Ueberwachungsaußschuß für Fleischzufuhr in Berlin hebt in einer längeren Bekanntmachung hervor, daß der Vieh- und Fleischschmuggel namentlich in den westlichen Grenzgebieten einen bedenklichen Umfang angenommen habe. Ein energiegelichtiger Erfolg, um dieses Uebel zu beseitigen, könne nur durch energische Reichsmaßnahmen erreicht werden. Bekanntlich sei, daß an dem Viehschmuggel sich ein großer Teil der an der Grenze anhängigen Bevölkerung beteilige. In jeder Grenz- und Grenzschutzstelle, besonders an der holländischen Grenze werde der Viehschmuggel durch die Eigenart des Grenzgeländes begünstigt. Viehschmuggler lagern die Tiere an der südwestdeutschen Grenze, wo besonders erhebliche Mengen über den Mannheimer Markt verschoben werden. Von Baden aus seien es meistens französische Rindkälber, die das Vieh in lebendem und geschlachtetem Zustand über die Grenze bringen und so den Schmuggel begünstigen. Es werde klage darüber geführt, daß den französischen Autos schwerer beizukommen sei, da es sich nicht um eine Vermittlungsanstalt der französischen Verwaltung handle, sondern um Privatgeschäfte französischer Chauffeure, die auch im Gegenfall zu den deutschen Jagdungsbeamten handhabt. Von Köln aus werden die Fleischmengen in Richtung über den Rhein gebracht. Viele deutsche Viehschmuggler gehen auch nach der Pfalz und von dort in geschlachtetem Zustand auf eine Reihe von Maßnahmen hingewiesen, durch die es den zuständigen Reichsbehörden ermöglicht werden soll, den Vieh- und Fleischschmuggel in den westlichen Grenzgebieten mit Erfolg zu bekämpfen.

Soziale Rundschau

Tagung der badischen Arbeitsnachweise. Der Verband badischer Arbeitsnachweise hat seine Mitglieder auf den 25. Februar ds. J. nach Freiburg i. Br. zur Mitgliederversammlung einberufen. Anlässlich findet eine Besprechung der Verwalter der badischen Arbeitsämter statt, die auch nach am 26. Januar werden. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Entwurf über die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens, Freimachung von Arbeitsstellen, Berufsberatung und Berufsstellenvermittlung, sowie Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.
(Fortsetzung.)

Als er Emma erkannte, atmete er erleichtert auf und begann freudig eine Unterhaltung: „Bist du heute?“ Da Emma nicht antwortete, fuhr er fort: „Und Sie sind schon so früh draußen?“ „Ja, ich komme von der Amme, die mein Kind aufzieht.“ „O, sehr gut, sehr gut,“ antwortete er, „ich bin schon seit Tagesanbruch hier, aber das Wetter ist so übel, daß...“ „Adieu, Herr Vicinet,“ sagte Emma und drehte sich auf dem Absatz herum.

„Vicinet, Vicinet,“ erwiderte er trocken und froh wieder in seine Kammer.

Emma beachte gleich darauf, daß sie den Steuereinschmer so kurz abgefertigt hatte. Natürlich würde er sich jetzt in den schlimmsten Vermutungen ergehen. Die Geschichte mit der Amme war die traurigste Kollage, die sie hatte erfinden können: denn jeder Mensch in Honville wußte, daß die kleine Bovary schon seit einem Jahre wieder bei ihren Eltern war. Somit rechnete niemand in der Gegend, der Weg führte nur nach La Rochelle. Vicinet hatte gewiß erraten, woher sie kam, und würde wohl nicht den Mund halten. Des konnte sie gewiß sein: wie zum Abend qualte sie sich damit, alle möglichen neuen Ausreden zu erfinden, und immer sah sie den Teufel mit seiner Jagdtafel vor Augen.

Da Karl sie so sorgenvoll sah, forderte er sie auf, zu ihrer Verstreuer nach dem Abendessen mit ihm den Apotheker zu besuchen. Die erste Person, die sie in der Apotheke erblickte, war wieder der Steuereinschmer. Er stand vor dem Ladentisch, im Rechte des rotglühenden gläsernen Behälters, und sagte: „Geben Sie mir, bitte, eine halbe Unze Vitriol.“ „Vitriol,“ rief der Apotheker, „bringe das Acidum sulfuricum.“

Dann wandte er sich an Emma, die schon zu Madame Homais die Treppe hinaufsteigen wollte: „Bleiben Sie nur, bitte, gleich hier, meine Frau wird sofort erscheinen. Wärmen Sie sich inzwischen ein wenig am Ofen. Einen Augenblick, bitte...“ „Guten Abend, Doktor,“ (der Apotheker sprach das Wort Doktor mit Wohlbedeuten, als ginge, selbst wenn er es einem anderen belegte, ein Straß des Glanzes, der es umfloß, auch auf ihn

über)... „Wird den Körper nicht um! Dole auch lieber die Stühle aus dem Wohnzimmer, die Stühle im Salon wollen wir in Ordnung stehen lassen.“

Damit fuhr er fort, um den einen herbeigeholten Sessel wieder an Ort und Stelle zu bringen, und eilte dann wieder hinter den Ladentisch. Vicinet verlangte eine halbe Unze Zuckersäure.

„Zuckersäure?“ fragte der Apotheker verächtlich, „das gibt's nicht. Sie meinen wohl Oxylsäure, nicht wahr?“

Vicinet erklärte ihm nun, daß er sich selbst eine Säure herstellen wolle, um ein paar Jagdgeräte vom Rost zu reinigen. Emma erbeute.

Der Apotheker meinte: „Das Wetter ist allerdings nicht günstig zum Jagden, es ist zu feucht!“

„Ach,“ entgegnete Vicinet anzüglich, „es gibt schon Leute, die sich damit abzugeben wissen.“

Emma kam es vor, als müsse sie erwidern: „Geben Sie mir...“

Wird er denn niemals gehen? dachte sie.

„Eine halbe Unze Kalopompium und Terpentin, vier Unzen gelbes Wachs und anderthalb Unzen Knochenöl, um mein laudiertes Leberzeug zu reinigen.“

Der Apotheker schnitt das Wachs, als Frau Homais erschien. Sie trug Irma auf dem Arm, Napoleon hing an ihrer Seite, und Ahalie folgte ihr. Frau Homais setzte sich auf die mit Samt überzogene Bank am Fenster, Napoleon kroch auf einen Schmel, und seine Schwester schritt um den Bonbonkasten und ihren Vater. Der machte sich unendlich viel mit seinen Sonnen und Klaffen zu schaffen, steckte Etiketten auf und verprügelte Papiere. Rings um ihn herrschte Schweigen, man hörte nur von Zeit zu Zeit die Gewichte auf der Waage klirren und ein paar leise Anweisungen, die der Apotheker seinem Gefäß gab.

„Wie geht's den Kleinen?“ fragte plötzlich Madame Homais. „Nicht!“ rief der Gatte, der gerade in seinem Buche zusammenzuckerte.

„Warum haben Sie sie nicht mitgebracht?“ fuhr sie mit leiser Stimme fort.

„Sil!“ sagte Emma und wies auf den Apotheker. Herr Vicinet schien so ganz mit in die Rechnung verfunken zu sein, daß er von diesen leichten Worten wahrscheinlich nichts gehört hätte. Endlich ging er, und Emma seufzte erleichtert auf.

„Wie schwer Sie atmen,“ sagte Frau Homais. „Es ist so heiß hier,“ erwiderte Emma.

Am folgenden Tage beschloß sie mit Rudolf, bei ihren Nachbarn mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen. Emma wollte zuerst das Dienstmädchen befehlen und ins Verzeihen ziehen. Rudolf hielt es für besser, ein beschwichtigendes und abgelegenes Haus in Honville zu suchen.

Während des ganzen Winters kam er dreimal oder viermal in der Woche bei schwacher Nacht zu Emma in den Garten. Sie hatte ihm den Schlüssel zum Gartentor, den Karl für verlorener hielt, gegeben.

Er warf, um sie zu benachrichtigen, eine Handvoll Sand gegen den Fensterrand. Sie sprang dann auf, mußte ihn aber manchmal auch warten lassen, da Karl die Gewohnheit hatte, sich an den Kamin zu setzen und noch zu pfeuern. Sie verkehrte sich unterdessen vor Ungeduld, und hätte sie gelohnt, sie hätte sie Karl am liebsten zum Fenster hinausgeworfen. Zum Schluß begann sie ihre Nachttoilett zu machen, nahm ein Bad und fing ruhig, als sei sie sehr interessiert, zu lesen an.

Karl hatte sich mittlerweile auch zu Bett gelegt und rief: „Komm doch, Emma, es ist Zeit!“

„Ich komme schon,“ antwortete sie dann.

Wald aber blendete ihn das Licht, er lehrte sich der Wand zu und schief ein. Sie schlich mit angehaltenem Atem lächelnd, behend, vor Verlangen zitternd, halb entkleidet hinan.

Rudolf küßte sie ganz in seinen großen Mantel, schlang seinen Arm um ihre Taille und führte sie tief in den Garten hinein, in die Laube.

Da stand noch dieselbe Bank, auf der Leon sie am Sommerabend so liebeglühend angesehen hatte. Sie dachte jetzt fast nicht mehr daran.

Die Sterne hingelten durch den entblätterten Jasminstrauch. Hinter ihnen rauschte der Fluß und flüsterte das trodene Schilf. Die Schattenbalken, die sich über sie häuften wollten, hängen hier und da Baum- und Gesträucherarmen in der Dunkelheit. Die Rinde der Nacht ließ sie sich nur immer aneinanderstemmen; ihre Seufzer klangen ihnen in der Stille lauter, ihre Augen schienen ihnen in der fast unendlichen Dunkelheit größer zu sein, und in dem Schweigen hielten leise ausgesprochene Worte, die mit ganz besonderem Klang tief wie Kristalle, vibrierend in ihre Seele drangen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Februar.

Gemäß dem Antrag des Gesundheitsausschusses verweist das Haus die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den sozialdemokratischen Ag. Döring wegen Verleumdung. Es folgt die Wahl der vier Schriftführer. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben werden. Das Haus beschließt die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Leopold (D.N.) hält die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die wichtigste Aufgabe und bedauert, daß der Minister nicht auf dieses Problem herumgegangen sei. Wenn die Arbeitsbeschaffung zurückgegangen sei, so liegt das auch an der überhöhten Einführung der adäquanten Arbeitszeit. Der Rückgang der Arbeitsbeschaffung rufe eine deutliche Sprache. Bei der Verhandlung über die Arbeitsbeschaffung der Produktion zu vermindern, ebenso bei der Produktivität. Was man seinerzeit als einvernehmliches Ergebnis der adäquanten Arbeitszeit pries, die Einführung einer überhöhten Erhöhung und die Möglichkeit einer stetigen Weiterbildung der arbeitenden Massen, habe sich als unüberwindlich erwiesen. Um so bedauerlicher bleibe der Entschluß der Arbeiter im Ruhrgebiet, sich nunmehr unter dem Druck der Ententeforderungen der Verlängerung des Lieberichsabschlusses zu ergeben. Wir können die Regierung nicht entlassen, wenn nicht alles zusammenbrechen soll. Mit Rücksicht auf die schon eingeleitete Produktivität nicht lösen. Eine wesentliche Steigerung der Mieten wird nicht zu umgehen sein. Die Erhöhung der Mieten wird sich erst erreichen lassen, wenn die Löhne und Gehälter wieder im Verhältnis zum Verbrauch der Waren stehen. Die Lieberichsabschlüsse für die Eisenindustrie müssen noch weiter ausgedehnt werden, wenn nicht die schon eingeleitete Produktivität einbrechen soll. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung können wir nicht billigen, wenn wir wollen den Arbeiter wieder zum Arbeiten erziehen. Eine Erhöhung der Löhne, wie sie gefordert wird, ist für die Industrie einfach unmöglich.

Abg. Andres (Zentr.): Die 2 Millionen Toten und die 3 Millionen Kriegsbeschädigten sind der Grund des Niederganges unserer Arbeitsleistungen. Dazu kommen die Gebietsverluste in Ost- und Westpreußen und in den Kolonien. Bei uns gründet sich die wirtschaftliche Krise auf den Rohstoffmangel und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsbeschaffung ist bereit, mitzuwirken an der Erfüllung der Ententeforderungen. Rechner bespricht dann die Arbeitsbeschaffung in den Ostprovinzen und auf dem Lande und verlangt, daß man der Arbeitsbeschaffung vom Lande entgegenziehe und energische Schritte für eine Rückwanderung ergreife. Die Arbeitsbeschaffung in den Städten müßte auf das Land abgedreht werden; der sich dann noch weitere, denn müßte die Unterstützung entzogen werden.

Abg. Wollenhauser (D. Sp.): Ohne die Fürsorge des Staates können wir die private Fürsorge des Einzelnen und der Kirche nicht entbehren. Der sozialdemokratischen Forderung auf Umgestaltung der sozialen Versicherung können wir nicht zustimmen. Wir wollen an dem Grundgesetz festhalten, daß die Arbeitnehmer selbst mit der Mittel aufbringen sollen. Wir sehen hierbei das Ziel nicht in einer strengen Zentralisation, bei der Reform des Arbeitsnachweises ist es nicht angebracht, die Arbeitsbeschaffung durch Prüfungsanstalten einfach zu verwalten. Die Beschäftigung kann nur überwacht werden, wenn wir auch auf diesem Gebiete zur freien Wirtschaft kommen. Die Gewerkschaften müssen unbedingt dafür eintreten, daß Tarifverträge unterbleiben und daß keine wilden Streiks vorkommen. Das Streikrecht muß eine Grenze finden bei lebenswichtigen Betrieben. Darum legen wir den Entschluß, der gegen die Verletzung der Arbeitsbeschaffung erging.

Abg. Simon (U.S.): Die Not der Sozialisten steigt nach dem Ende der Reichswirtschaftsminister macht auch schon Bemerkungen dieser Art. Dieser Mann ist uns ungeheuerlich, als eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte. Die produktive Erwerbslosenfürsorge darf nicht zur Arbeitsbeschaffung für Unternehmer werden. Die Arbeitsbeschaffung können ihren Zweck nur erfüllen, wenn die private Arbeitsbeschaffung gänzlich ausgeschlossen wird. Eine Arbeitslosenversicherung können wir ab. Die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft müssen auch vom kapitalistischen Staat bezahlt werden. Die Beschäftigung der Erwerbslosenenunterstützung nach 2 Wochen erfüllt, muß sofort aufgehoben werden. Wir verlangen die Befreiung der Heimarbeit, des Reichenergesetzes können wir ab, weil es die Beschäftigung der Erwerbslosenen vollständig vernichtet. Bei der Besprechung der Heberichsabschlüsse im Ruhrgebiet hat der Minister die Hauptfrage vergessen. Das Problem ist gelöst worden, wenn das Verbot der Sozialversicherung nicht eingehalten worden ist.

Badische Politik

Kochmals die Befragung der Versicherungsämter

Es ist eine alte Forderung der Arbeiter, in der Reichspräsidentenwahl auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung mehr Einfluß zu gewinnen. Der alte Reichstag hat auch in der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit gegeben, daß Personen mit der notwendigen Befähigung Vorschläge den Versicherungsämtern einbringen können, auch wenn sie das juristische Staatsexamen nicht abgelegt haben. Bei uns in Baden ist jedem Bezirksamt ein Versicherungsamt angegliedert. Davon sollen nun drei neu besetzt werden und zwar eines durch einen mittleren Beamten, eines durch einen Arbeiterbeamten und das dritte durch einen Krantenassenbeamten. Aber schon gibt der Spielplatz los. Die oberen Beamten hatten sich noch etwas in Reserve, aber die mittleren machen mobil. Die mittleren Beamten am Bezirksamt Freiburg haben beschloffen, den neuen Herrn, der nicht aus ihren Reihen kommt, zu boykottieren; Landau und Landau beizubehalten die reaktionäre Presse, um über Parteikorruption zu schreiben. Die guten Leute merken gar nicht, wie sehr sie die Geschäfte der Reaktion und einiger Oberbeamten besorgen. Das Wort 'freie Bahn den Tüchtigen' kann nicht nur auf die mittleren Beamten angewendet werden; entweder es gilt für alle, oder es gilt die alte Befähigungsordnung, dann bleiben aber auch die Herren sitzen. Es gehört schon eine ordentliche Portion Unverschämtheit dazu, aus diesem Anlaß über Parteikorruption zu klagen. Ein halbes Jahrhundert haben die Herren nicht gemacht, obwohl die Angehörigen verschiedener Parteien von der Beamtenlaufbahn ausgeschlossen waren. Nur wenn es sich um Gehaltsfestsetzungen handelte, sind sie heimlich zur sozialdemokratischen Abgeordneten gelassen, um sich deren Unterstützung zu sichern.

Die Aufhebung der Stammgüter

Die Aufhebung der Stammgüter. Beim badischen Landtag ist heute von der Regierung der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Stammgüter vorgelegt. In § 68 der badischen Verfassung ist bestimmt, daß das Sonderrecht der bestehenden Familien- und Stammgüter mit Einschluß der Adelsfamilie des ehemaligen großherzoglichen Hauses und des Hausoberherrn der landesherlichen Familien, aufgehoben sei und das nähere durch Gesetz geregelt werde. Um diesen Gesetzentwurf handelt es sich, der nun den Landtag beschäftigt wird.

Generalversammlung des Vereins badischer höherer Beamter

Generalversammlung des Vereins badischer höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung. Der Verein badischer höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung hat kürzlich eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Die Generalversammlung behandelte hauptsächlich mit der Verwaltungsreform, insbesondere den Antrag des Abgeordneten Dr. Glöckner und Wenosien zum Verwaltungsreformgesetz. Das Ergebnis der Debatte wurde in einer Resolution niedergelegt, die dem Landtag überreicht wird. Weiter wurde eine Resolution hinsichtlich der Amtsbezeichnungen angenommen, wonach bei dem Landtag und der Regierung die Einführung der Amtsbezeichnungen Landrat für Oberamtmann und Regierungsrat für Amtmann beantragt wurde. Die badischen höheren Verwaltungsbeamten trennen sich nur schwerer Hergens von den altüberbrachten, ihnen liebgekommenen Amtsbezeichnungen. Jedoch sind die Bezeichnungen Oberamtmann und Amtmann in steigendem Maße bei anderen Dienststellen in Gebrauch gekommen, so daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, eine Amtsbezeichnung zu finden, die einerseits jede Verwechselung ausschließt und andererseits das Wesen der Amtstätigkeit am klarsten zum Ausdruck bringt.

Aus der Partei

Der umgedrehte Spiegel

In einer Wählerversammlung in Wien hat ein Herr v. Kalben den Gen. Scheidemann der 'Schöpfung' beschuldigt. Ein Parteigenosse gab dem Verleumder davon Kenntnis, nachfolgend Scheidemanns Antwort: 'Ich danke Ihnen für die Aufschrift vom 8. d. M., in der Sie mir mitteilen, daß der Sohn des Rittergutsbesitzer v. Kalben in Wien gelegentlich einer Wählerversammlung folgende Hochrufe gemacht hat: 'Scheidemann hat Autos beschossen, und wenn er keine Autos beschossen hat, dann ist es etwas anderes gewesen.' Ich bin sehr entsetzt, daß die Wähler in Wien mich anstrengen, weil mein Bedarf nach dieser Richtung für wirklich mehr als gedeckt ist. Ich kann nicht den größten Teil meines Lebens im Gerichtssaal zubringen, um mich mit solchen Kaufleuten herumzuschlagen, die nachher in Eisen und mit einigen hundert Mark Gehalts davonkommen. Ich werde jetzt den Spiegel umdrehen und so die Parteien öffentlich als schuldige Straftäter niederbezeichnen. Dann mögen sie gegen mich klagen. Ich bitte Sie, in der nächsten Versammlung meinen Brief vorzulesen und in meinem Auftrage zu erklären, daß Heinrich von Kalben ein erbärmlicher Straßenschweiger ist.' (gez.) Scheidemann.

z. Volkswirtschaftler, 24. Febr. Montag, 23. Febr., abends 8 Uhr

Abend in der 'Linde' ein Bildungsbeitrag mit dem Thema 'Weilung und sein Romanismus' statt, worüber Parteisekretär Gen. Feinls sprechen wird. Es ist Pflicht der Parteigenossen, diesen Vortrag zu besuchen und für gute Besichtigung zu werden. Auch sind Volkswirtschaftler und Freunde unserer Sache eingeladen. Mittwoch, 2. März, abends 7 Uhr findet eine Parteiverammlung statt.

Brüche und den Tag des Ablaufs der Strafverjährung

Man hat unserem Vorschlag vorgeworfen, er gewähre Straffreiheit nicht nur der Schwangeren, die aus zwingenden Gründen ihre Frucht abtreiben, sondern auch der unanständigen Mutter, die aus Eitelkeit oder Begierde sich der Mutterchaft entzieht. Man hat vorgeschlagen, nur unter im einzelnen aufgeführten Voraussetzungen zuzulassen, wie Gefahr für die Gesundheit der Mutter, Gefahr entarteter Nachkommen, wirtschaftliche Not, Nozucht u. a. m. Ob solche Voraussetzungen gegeben sind, ist aber eine Gewissensfrage, die nicht wohl von jemandem anderen als der Mutter entschieden werden kann. Es wäre untraglich, die intimste Frage im Leben der Frau der Entscheidung durch den Arzt oder gar, wie man vorschlagend genug vorgeschlagen hat, durch ein ärztliches Kollegium zu überweisen. Man hat weiter daran Anstand genommen, daß wir die Schwangere selbst von Strafe auch dann befreien wollen, wenn sie ohne ärztliche Hilfe durch die eigene oder durch eine unberufene Hand die Abtreibung herbeiführt hat. Gewiß ist das ein Fall, den wir unbedingt verhüten möchten, den wir aber unumgänglich unter Strafe stellen dürfen, wenn wir nicht gerade die Ärzten unter den Armen, die ganz Ratlosen, Unwissenden und Unbemittelten, die den Weg zum Kratze nicht finden, zumal minderjährige, unerfahrene uneheliche Mütter mit der unverminderten Schwere der Strafe treffen wollen.

Gingegangene Bücher und Zeitschriften

Die hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen. Der Friedensvertrag von Versailles. Prof. J. W. Kermes, Cambridge, der Verfasser des Buches 'Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages', veröffentlicht unter dem Titel 'Der Friedensvertrag von Versailles' im Verlag für Politik und Wirtschaft, G. L. S., Berlin W. 35, Potsdamerstr. 123a, als Band III der 'Europäischen Bücherei' zusammenfassend mit neuen Gesichtspunkten seinen Standpunkt zum Friedensvertrag von Versailles.

für unsere Frauen

Gegen das heimende Leben

Von Professor Dr. Gustav Hebbel, M. d. R.

Eine große Anzahl von Mitalden unserer Reichstagsfraktion hat einen Initiativantrag eingebracht, der die Abtreibung dann für straflos erklärt, wenn sie von der Schwangeren selbst oder mit ihrer Einwilligung von einem approbierten Arzt in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird.

Schon die Vorankündigung dieses Antrages hatte eine lebhafteste Bewegung für und wider ausgelöst. Die unabhängige Fraktion möchte sich den Gedanken unseres Antrages schleunigst zu eigen, freilich in einer recht übertrieben Form: will doch ihr Antrag einfach die Abtreibung schlechthin für straflos erklären — also auch die Abtreibung durch einen Kurpfuscher, die Abtreibung einer reifen Frucht unmittelbar vor der Geburt, sogar die Abtreibung gegen den Willen der Schwangeren! Ferner hat am 9. Juli eine stark besuchte Versammlung der Funktionärinnen der Berliner Parteioffiziere durch eine Entscheidung im gleichen Sinne unserer Reichstagsfraktion in ihrem Vortrage beschloffen. Andererseits lief als sofortige Antwort auf unseren Antrag beim Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik ein Entwurf der Abgeordneten Dr. Garimann, Frau Müller-Pannetier, Dr. Rumm und Walle zu einem Gesetz gegen Abtreibung von Abtreibungsmitteln ein. Und es soll auch nicht verschwiegen werden, daß eine Minderheit unserer Fraktion gegen unseren Antrag starke Bedenken hegte und er eben deshalb als ein Antrag nicht der Fraktion, sondern von einzelnen ausgehenden Mitglieder der Fraktion erscheint. Gerade deshalb muß der Gehalt des Antrages noch eine gründliche Auffklärung und Aussprache in der Parteipresse und den Parteiverfassungen vorangehen.

Unser Antrag will nicht ein Recht verleihen, er will nur eine Strafe aufheben.

Wir denken nicht daran, ein unbegrenztes Recht der Frau über den eigenen Körper hinaus bis zur Vernichtung ihrer Persönlichkeit zu behaupten. Wie jeder gesund empfindende Mann, jede normal veranlagte Frau, verabscheuen wir die Abtreibung als einen widernatürlichen Eingriff in den heiligen Naturvorgang, den wir kennen. Wir meinen Gegnern wollen auch wir die Abtreibung bekämpfen, — bekämpfen durch eine gesunde Erziehung zur Mutterchaft und vor allem dadurch, daß wir den

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

bei ihren Kindern

Man möge nicht denken, ein unbegrenztes Recht der Frau über den eigenen Körper hinaus bis zur Vernichtung ihrer Persönlichkeit zu behaupten. Wie jeder gesund empfindende Mann, jede normal veranlagte Frau, verabscheuen wir die Abtreibung als einen widernatürlichen Eingriff in den heiligen Naturvorgang, den wir kennen. Wir meinen Gegnern wollen auch wir die Abtreibung bekämpfen, — bekämpfen durch eine gesunde Erziehung zur Mutterchaft und vor allem dadurch, daß wir den

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die Abtreibung unzulängliches Ansehen über zahllose Frauen gebracht. Sie hat sie Weibern in die Arme getrieben, die ihnen für teuere Geld unwirksame Abtreibungsmittel verkaufen, Geprüffern, die durch die Drohung mit der Strafandrohung die der Abtreibung schuldige Frau ganz in ihrer Gewalt haben, Kurpfuschern, die durch unzulängliche Vornahme der Abtreibung ihr Opfer um Gesundheit und Leben bringen. Sie weist als ein trauriges Klassenstrafrecht; denn die wohlhabende Frau, an der in vorliegendem Umstande und mit diskretion Argurenreichen ein gefälliger Arzt die peritoneale Operation vornimmt, entgeht der Verfolgung viel leichter als die Arme, die die Not in einem polizeibekanntem Schupfwinkel der Kurpfuscherei treibt. Als ein erschütterndes Beispiel für die Wirkung der Abtreibungstrafe wird mir die Geschichte einer Ehefrau immer in Erinnerung bleiben, die nach 6 Schwürten unerfüllt unfähig zu einer neuen Niederkunft, ihre Frucht befestigte, die dann zehn lange Jahre in unausgesetzter Angst vor ihren Mitwissern und vor dem Staatsanwalt ver-

Alkoholmissbrauch von der mütterlichen Mutter. Die Frauen aber, denen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schwangerschaft und Niederkunft die traurige Aussicht auf eine durch Vererbung sicche Nachkommenschaft oder die wirtschaftliche Unmöglichkeit der Aufzucht weiterer Kinder das Bild der Mutterchaft verbieten, wird man über die Gesundheit und Lebensfähigkeit jedes Eingriffs in das heimende Leben aber gleich über die präventiven Verhütungsmöglichkeiten aufklären müssen — andere Wege zur Verhütung der Abtreibung gibt es nicht.

Wenn der Versuch, die Abtreibung durch Strafandrohung zu verhüten, hat sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wir wollen uns nicht auf bloße Schätzungen der verbrecherischen Abtreibungsfälle berufen, die zwischen jährlich 2500 und 5000 Fällen in Deutschland schwanken und von denen nur ein kleiner Teil — noch nicht 1000 — zu gerichtlicher Verurteilung führt. Folgende Zahlen geben einen näheren Anhalt: Auf 100 Schwangerschaften wurden in der Leipziger Detrankentafel 15,5, in Wien 20, ein Ägnes Wulfin in einer Betriebskrankenkasse sogar 60 Fehlgeburten gezählt. Daß diese Fehlgeburten überwiegend auf unerlaubte Eingriffe zurückzuführen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Verheirateten häufiger als bei Unverheirateten, und zwar nach Maßgabe der Alterszahl auftreten. Schlimmer kann sie auch bei einer Einschränkung der Abtreibungstrafe nicht werden: Die Natur hat durch das Bild der Mutterchaft und die Gefahr jedes Eingriffs in sie wirksamere Motive gegen die Abtreibung gesetzt, als das Strafrecht es jemals kann.

Dagegen hat die Strafbestimmung gegen die

Grünweidbach, 23. Febr. Samstag, 26. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Adler“ die Generalversammlung des Sozialdem. Vereins statt. Tagesordnung: Geschäfts- und Abrechnungsbericht, Bericht der Bürgerauskunftskommission, Besprechung von Gemeindefragen, Wahl der Verwaltung, Verschiedenes. Es wird erwartet, daß sämtliche Genossen erscheinen. Auch Volksgenossen sind eingeladen.

Leutesheim, 24. Febr. Auf die am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Gasthaus zur „Azone“ stattfindende öffentliche Versammlung werden die Parteigenossen und Volksgenossen, Bürger und Arbeiter, besonders aufmerksam gemacht. Die Genossin Landtagsabg. Frau Fischer-Karlsruhe spricht über die „Zukunft Deutschlands“. Die Parteigenossen werden ersucht, auch ihre Frauen und Töchter mit in die Versammlung zu bringen, sowie für einen Massenbesuch zu sorgen.

Aus dem Lande

Engen, 24. Febr. Der Preisabbau macht sich auch auf dem Holzmarkt immer mehr bemerkbar. Bei den im Hegau abgehaltenen Kuchholzersteigerungen wurden teilweise bis 25 Proz. unter den forstamtlichen Anschlägen geboten und bezahlt. Auch bei den Schweinepreisen läßt sich hier ein Preisrückgang von 20 Proz. feststellen.

Mosbach, 24. Febr. In die Krumbacher Mühle drangen nachts drei unbefannte Männer ein, Innebeln und misshandelten die in den Betten liegenden Bewohner und raubten alles Geld, das sie finden konnten. Die Mörder entkamen.

Konstanz, 24. Febr. (Drahtbericht.) Zu dem Silberermittlungsgeld, über den wir in den letzten Tagen berichtet haben, wird uns noch mitgeteilt: Die Beförderung des Silbers über die Grenze geschah in ähnlicher Weise, wie der Warensmuggel während des Krieges, der durch einen unterirdischen Gang vollzogen wurde. Diesmal wurde offenbar eine Kanalarbeit benutzt. Gestern ist ein weiterer Silberfischer verhaftet worden, der 1000 Silbermarken nach der Schweiz bringen wollte.

Konstanz, 24. Febr. In der Halbspinnerei wurde gestern nachmittag der Arbeiter Albert Sauter von der Transmissionskraft entlassen. Hierbei wurden ihm beide Füße abgedrückt und der linke Arm zweimal gebrochen. Außerdem erlitt der Verunglückte innere Verletzungen, und starb abends im Krankenhaus.

Münsingen, 22. Febr. Die Frage der Ausnutzung der Wasserkraft des Oberrheins beschäftigte neuerlich eine im „Oberrheinischen Hof“ hier abgehaltene Versammlung aller Bevölkerungsschichten, die auch aus den Amtsbezirken Rorschach, Schopfheim und Säckingen stark besucht war. In einer Resolution wird von der Regierung gefordert, ihrerseits rascher die Grundlagen zu schaffen, nachdem nun Möglichkeit besteht, alsbald dem Ausbau der noch vorhandenen Gefälle des Oberrheins in die Wege zu leiten zu können. Die Resolution ist gezeichnet von den politischen Parteien von Bodisch, Münsingen und den Gewerkschaftsvertretern.

Wetzlar, 23. Febr. Eine Diebstahlschlichte, die in ihren Anfängen auf zwei Jahre zurückreicht, findet jetzt allmählich ihre volle Auflösung. Bei dem Wirtensfabrikanten Ed. Reichert waren Rohstoffe und fertige Waren im Werte von 20 000 M. entwendet worden. Einer der in der Fabrik beschäftigten Lehrlinge hatte die Waren bei abendlicher Dunkelheit auf eine Wiese geschafft, wo sie von einem stehlenlosen Geheißten geholt und weiter verkauft wurden. Fünf der schuldigen Geheißten und Lehrlinge sowie ein früherer Schmarfahler, der jetzt in Stuttgart sitzt, sind verhaftet worden.

Von der Schweizer Grenze, 23. Febr. Der aus Münsingen gebürtige 22 Jahre alte Walter Steinig wurde auf der Straße von St. Ludwig nach Basel von Zollbeamten angehalten und trotz seiner Erklärung, er habe kein Geld bei sich, dessen Ausfuhr ins Ausland verboten sei, einer Untersuchung unterzogen. Dabei entdeckte man in einer Schmutzwanne 500 Stück Fünftalerstücke.

Über die Entlassung von Soldaten aus Strafhaft hat das badische Justizministerium folgenden Erlass herausgegeben: Bei bevorstehenden Entlassungen von Militärpersonen aus Strafhaft nach Verbüßung ihrer Strafe ist dem Truppenteile so rechtzeitig Mitteilung zu machen, daß er den zu Entlassenden den Fahrausweis überreichen kann, so fern die Militärpersonen nicht schon bei ihrer Einlieferung in die Strafhaft mit solchen versehen sind.

Die kleinen Diebe hängen man... Aus Kappelrode wird uns geschrieben: In Bruchsal wurde ein Arbeiter, weil er eine Kragel Holz fremdelt, mit 30 Tagen Gefängnis bestraft. Hier in Kappelrode fährt ein Mann mit dem Fuhrwerk in den Seebacher Wald, beginnt richtig aufzukleben, wird erwischt und bekommt — 6 Tagel. Dieser ist ein armer Arbeiter, dieser ein reicher Schnapsbrenner und Sohn eines gewissen Schnaps-Höfleranten!

Dem Schnapsbrennereibesitzer Sch. kommt beim Viehhäus ein wertvolles Faß abhanden. Er sucht und läßt suchen — nichts zu finden! Da setzt der Mann zur Ermittlung des Diebes 300 M. Belohnung aus und läßt dies durch die Ortsbehörde öffentlich bekannt machen. Nichts rührt sich! Endlich nach Wochen entdeckt ein Arbeiter des Sch. das Faß in Ottenhöfen. Wer aber meint, man habe nun den Dieb endlich gefasst, der wird lebhaft enttäuscht sein. Das Faß war mit Inhalt von eben dem oben genannten Herrn irtümlich am Viehhäus geholt, gefüllt und abgeschickt worden. Und dieser „Fremde“ war nicht bemerkt worden, trotzdem das Faß gut gezeichnet war. Die Gendarmerie soll den Fall kennen. Daß sie aber bis jetzt etwas unternommen, davon hört man nichts. Frau Justitia ist eben manchmal wirklich blind.

Das Eisenbahnunglück bei Friedrichstal vor Gericht. Vor der 4. Strafkammer des Karlsruher Landgerichts fand Donnerstag nachmittag die Verhandlung gegen den Weichenwärter Theodor Borell aus Friedrichstal und den Lokomotivführer Verthold Dorer aus Schönleib bei Kurzwangen wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes statt. Es handelt sich um das Unglück am 19. September letzten Jahres, wobei zwei Güterzüge aufeinanderfuhren und 3 Personen getötet wurden. Das Urteil lautete gegen Borell auf 8 Monate Gefängnis und gegen Dorer auf 2 Monate Gefängnis. Wir werden über die Verhandlung noch berichten.

Kleine Nachrichten

Leipzig. Nach einem Gütemeterium im Amtsgericht erließ der Fleischermeister Richter nach kurzem Wortwechsel im Treppenhaus mit einem Fleischermeister seine von ihm getrennt lebende Ehefrau. Der Täter wurde festgenommen. Die Ehefrau wurde die vierte Ehefrau des Täters, der bereits wegen Doppelmord und Körperverletzung verurteilt ist.

Brüssel. In Brüssel ist man einem großen Betrag auf die Spur gekommen. Das Mitglied der Medizinischen Akademie Wajoin, der Chefarzt der belgischen Gefängnisse war, wurde plötzlich verhaftet, weil sich herausgestellt hat, daß er in zahlreichen Fällen zu hohen Gefängnisstrafen Verurteilten ärztliche Zeugnisse ausgestellt hat, auf Grund deren sie entweder in Freiheit gesetzt wurden oder eine Erleichterung der Verbüßung ihrer Strafe erhielten.

Auf in die Versammlungen!

In 53 Orten des 4. Landtagswahlkreises finden am Samstag und Sonntag (26. und 27. Februar) öffentliche Volks-Versammlungen statt. Die Redner in allen Versammlungen sprechen über: **„Die Versklavung Deutschlands.“** Genossen und Genossinnen! Erhebt in Massen! Protestiert gegen das Sklavensystem, in welche Euch der übermütige Entente-Kapitalismus hinabstößt! Agitiert für die Idee des Sozialismus! Werbet für die Partei und für den „Volksgenossen“!

Reiner trebe zurück! Erfüllet Eure Pflicht!

Aus der Stadt

Karlsruhe 25. Februar. 25. Februar. 1865 f. Der Dichter Otto Ludwig in Dresden. — 1917 Beginn der revolutionären Kämpfe in Petersburg. — 1920 Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Bezirk Ruppurt. In der öffentlichen Volksversammlung am Samstag abend 8 1/2 Uhr spricht Gen. Minister Kemmler über die politische Lage in Baden und im Reich. Versammlungsort ist das Bahnhofs-Hotel. Es ist Pflicht aller Genossen, für diese Versammlung zu agitieren und auch selbst zu erscheinen.

Die Versammlung wird sich auch mit der Verhaftung des Wirtensfabrikanten beschäftigt, da ja, wie aus dem letzten Stadtratbericht hervorgeht, die Verhaftung verurteilt werden soll und der „neue Pächter“ bereits seinen Einzug zu bewerkstelligen beginnt, ohne daß der Bürgerausschuß weder zur Verhaftung Stellung genommen, noch seine Zustimmung gegeben hat. Es ist Pflicht der Ruppurter Einwohner, sich zu der ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen und ihre Ansicht kundzutun.

Bezirk Grünwinkel. Die am morgen Samstag abend abendliche Parteiversammlung findet infolge Verhinderung des Referenten nicht statt, sondern wird erst am Samstag, 5. März, abgehalten.

ierzehn Millionen für Milch

Von der Heilsarmee wird uns geschrieben: Nachdem das Kinderhilfswerk der Heilsarmee nun fast 12 Monate durchgeführt worden ist, dürfte es gewiß allgemein interessieren, einen kleinen Überblick über diese Tätigkeit zu erhalten. Der Plan, Milch an unterernährte deutsche Kinder zu verteilen, entstand, indem der Leiter der Heilsarmee in Deutschland, Kommandeur Johann Oegrim dem General Bramwell Booth in London über den Ernährungszustand der Kinder in Deutschland Mitteilungen machte und ihn darauf hinwies, wie sehr sie unter dem Mangel an Milch litten. Der General ernannte daraufhin Oberst Braune zum Leiter des beschriebenen Hilfswerkes und sandte ihn nach Deutschland, um nähere Erkundigungen anzustellen. Nach Empfang der Berichte konnte der General, dank der großzügigen Hilfe des „Save the Children Fund“, nach und nach mehr als 14 Millionen Mark für die Milchverteilung anwerben. So war die Heilsarmee in den Stand gesetzt, bis zum Beginn des Jahres 1921 an notleidende Kinder in den verschiedenen Städten, so auch in Karlsruhe, unentgeltlich insgesamt 224 620 Büchsen Milch, Käse und Rindermilch zu verteilen. Auf Baden entfielen 67 200 Büchsen Milch.

Die Heilsarmee hat die Durchführung dieses Hilfswerkes notwendigen Gelder durch eigene Sammlungen und die des „Save the Children Fund“ hauptsächlich in England und den englischen Kolonien aufgebracht. Ihre zu diesem Zweck eingeleitete Sammlung in Deutschland hat leider keinen Erfolg gehabt. (11) In diesen aber die englischen Gelder infolge der drückenden Arbeitslosigkeit auch spärlicher und die Heilsarmee hat jetzt 1 300 000 M. mehr für die Milch ausgegeben, als sie dafür durch die Sammlungen im In- und Ausland erhalten bzw. zur Verfügung gestellt bekommen hat. Im Interesse der Kinder wäre zu wünschen, daß das Kinderhilfswerk der Heilsarmee im In- und Ausland noch recht viele unterstützende Freunde finden möchte, da sonst die weitere Fortsetzung des Hilfswerkes ernstlich in Frage gestellt ist.

Der neue Osterfestschluß will nicht zur Ruhe kommen. Eine Elternversammlung der Goethe-Schule befaßte sich noch einmal mit dieser Angelegenheit, eroberte Einpruch gegen die Aufhebung des Schulbeginns im Herbst und stellte an das Unterrichtsministerium den Antrag, die alte Schulordnung wieder herzustellen.

Im Gegensatz zur Goetheschule stimmte eine Elternversammlung der Oberrealschule nach eingehender Aussprache in einer fast einstimmig angenommenen Resolution dem Schuljahresbeginn im Herbst zu. Es wurde abgelehnt, dem Antrag der Heidelberger Elternversammlung, der die Beibehaltung des Schuljahresbeginns auf Spätherbst erwünscht, beizutreten.

Was sind 226 Milliarden Goldmark? (19 Kohlenzüge bis zum Monde.) Nach den Berechnungen der Entente soll Deutschland in 42 Jahren 226 Milliarden Goldmark zahlen. Das ist mehr als das deutsche Volk vor dem Krieg an Vermögen besaß. Und inzwischen sind wir wahrhaftig nicht reicher geworden. Rechnet man diese Summe, um sie zu veranschaulichen, in Steinlöcher um, so würden bei dem Preise von 20 Goldmark für eine Tonne Kohlen diese 226 Milliarden Goldmark die Kaufsumme für 11,5 Milliarden Tonnen Steinlöcher darstellen. Nach dem Stande der Kohlenförderung von 1920 gleich 130 Millionen Tonnen gehörten 87 Jahre dazu, um diese Steinlöcher zu fördern. Zum Abtransport würden 760 Millionen Eisenbahnwagen erforderlich sein, den Waggon um 15 Tonnen Ladefähigkeit gerechnet. Es ergäbe sich also ein Eisenbahnzug von 7 1/2 Millionen Kilometer, d. h. rund 19 Eisenbahnzüge von der Erde bis zum Monde. Eine Jahresrate würde einem Kohlenzug entsprechen, der 4 1/2 mal um den Äquator herumreist.

Zur Liquidation der städtischen Bekleidungsstelle wird uns geschrieben: Aus den letzten Verhandlungen des Bürgerausschusses ist zu ersehen, daß die Stadt dem fortwährenden Drängen der hiesigen Detailistenvereine nachgibt und die städt. Bekleidungsstelle auflöst. Man vergißt hierbei, zu welchem Zweck feinerzeit die Bekleidungsstelle errichtet wurde; sie sollte den Kindern die Bekleidungsgegenstände beschaffen, sich ihren Bedarf an Bekleidungsgegenständen um zu einigermaßen annehmbaren Preisen zu beschaffen und zwar durch Ausschaltung des Zwischenhandels. Nachdem dort Abenteuer gemacht und festgestellt ist, daß ein ganz geringes Defizit vorhanden ist, will man zu Einheitspreisen verkaufen, d. h. um und Reich können dort zu gleichen Preisen kaufen. Dadurch wird aber der eigentliche Zweck vereitelt. Wenn man die Preise senkt, ohne daß die Stadt einen größeren Verlust erleidet, so sollte man noch

einen Schritt weiter gehen und den Mindestpreisen auf diese Preise einen Prozentsatz — vielleicht 10 Prozent — Rabatt gewähren. Dadurch würde auch ein rascher und bedeutender größerer Umsatz erzielt und der Verlust für die Stadt wieder ausgeglichen, weil der Ausverkauf rascher beendet sein wird, was wiederum finanziell für die Stadt von Vorteil wäre.

Winterfeier des Metallarbeiterverbandes. Am Sonntag nachmittag 5 Uhr veranstaltete die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes im großen Festsaal eine Winterfeier. Das Programm ist ein außerordentliches, nur Künstler, dessen Namen einen guten Klang haben, wirken mit, so: Rote Lange-Walke, Olga Berger, Bertens, Margarete Pitz, Felix Baumbach, Hans Blum, Franz Scherdt, das Horn-Quartett des badischen Landes-Theaters, Am Flügel: Kapellmeister Schweppe. Die Leitung liegt in den Händen von Direktor Hans Blum. Den musikalischen Teil hat die „Harmonie“ übernommen. Zu dieser Feier, die einen seltenen Kunstgenuss bietet, werden nicht nur die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes eingeladen, sondern auch die Gewerkschaftsmitglieder anderer Verbände haben Zutritt. Der Eintritt beträgt 2,50 M.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete am 22. Februar ds. Js. im Schmiedele der Technischen Hochschule einen Lichtbildvortrag über das Thema „Das Landrecht von Baden und Westfalen“. Referent ist Mitglied Hr. Rind. Herr Rind verband es, die landschaftlichen Schönheiten und die geschichtlichen Begebenheiten in klaren fasslichen Worten seinen zahlreichen Zuhörern zu Gehör zu bringen und durch die prächtigen Lichtbilder diesen ein anschauliches Bild des Landrechts zu geben, sowie den künftigen Besucher auf manches schöne Räthsel hinzuweisen. Leider ist und wird dem Geleit der Zeitgenossen manches alle erwerbende Bauerntum und daselbst zum Opfer fallen. Mögen die interessanten Ausführungen bei den zuhörenden Wanderern und solchen, die es noch werden wollen, auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Der Besuch des Vortrages war erfreulicherweise ein recht zahlreicher.

Das finanzielle Ergebnis des Wohltätigkeits- und Profestestes liegt nun, nachdem die Rechnungen erledigt sind, vor. Es darf ausgezeichnet genannt werden. Die Bruttoeinnahme betrug 24 052 M. Nach Abzug der Ausgaben bleibt ein Reingewinn von 40 000 M. so daß die Jugendhilfe, die sich vorwiegend mit der Unterbringung von Kindern in Ferienkolonien befaßt, 20 000 M. und der Verein Karlsruher Presse als Unterstützungsfonds ebenfalls 20 000 M. erhält. Diese Zahlen besagen, daß die Kosten für die Vorbereitungen eine Höhe erreicht hatten, die ein halbes Jahr des Festes als Unmöglichkeit erscheinen lassen müßten. Die Stadt erhält ein Einnahmen für Miete und anderes etwa 12 000 M., die natürlich auch dem Steuerzahler zugute kommen. Außerdem stehen dem Staat erhebliche Beiträge für Steuern usw. zu. Nicht unerwähnt sei noch der Umstand, daß in den reichen Stiftungen eine reiche Quelle der Einnahmen zu sehen war und darin, daß von einer Reihe von Firmen auf Veranlassung der Leistungen verzichtet wurde. Schließlich sei noch der unermesslichen Auswirkung der künstlerischen, geistlichen und sonstigen Kräfte gedacht, denen auch an dieser Stelle der wärmste Dank für das Verständnis in sozialen Dingen zum Ausdruck gebracht ist.

Arbeiterbildungsverein. In hochinteressanten Vorträgen, die an den beiden letzten Montag-Abenden stattfanden, schilderte Herr W. H. Kiegeger seine Reiseerlebnisse in „Sri Lanka“ und „Palästina“. Der Redner war als Führer eines Militärtruppen der deutschen Truppen beigegeben gewesen. Er gab eine fesselnde Schilderung von Land und Leuten und von den ungeheuerlichen Verbrechen des Feldzuges in diesen Ländern. Die jüdischen Straßen, der schlechte Zustand der eingeleiteten Eisenbahn, die Unzulänglichkeit der Weinwirtschaften bereitete den türkischen und deutschen Soldaten und der gemeinsamen Heerführung unerhörte Schwierigkeiten. Die türkischen Soldaten haben sich sehr brav geschlagen, bis die Unzulänglichkeit der Verpflegung, der Mangel an Kleidung und Kriegsmaterial sie erzwang. Besonders interessant war es zu sehen, welche Konterarbeit die Deutschen in diesen Gegenden lange vor dem Krieg geleistet haben, wie die deutschen Aufseher lange in Ost- und Umgebungen der Kultur, auch der Bodenkultur genossen waren. Die trefflichen selbst aufgenommenen Lichtbilder gaben den Zuhörern einen besonderen Reiz. Die sehr zahlreichen Zuhörer folgten den Vorträgen mit größtem Interesse und bewiesen sich durch starken Beifall für das Gehörte und Geschaute besonders dankbar.

Karlsruherausstellung. Der Stämmverein hält am Samstag, 26. und Sonntag, 27. Februar, in der Praterstraße 20, Weierhäuser Allee 18-20, seine Frühjahrsausstellung ab. Außer allen Massen Karlsruher sind die Besucher felle, fertige Karaturen, Leder und Stoffe. Alles in höchster Vollendung in noch nie gezeigter Ausmaß. Raffinesse, Qualität, Güte, Futterstoffe und Stadterde sind zum Verkauf ausgelegt und im Glashaus wird auch eine besondere Heberhaltung geboten.

Landesleiter. Heute Freitag wird in der Titelfolge von Goethes „Iphigenie auf Tauris“ Fräulein Marie Knechtler am Stadttheater in St. Gallen auf Anstellung für das Fach der jugendlichen Opernornen gastieren. Den Dreißt spielt Herr Wüster, den Phäokles Herr Länger.

2 Vorträge, deren Thema, sowie alles Nähere aus dem Referatentext ersichtlich ist, finden am Samstag und Sonntag abend, jeweils abends 8 Uhr, im Apolloaal statt. Referent ist Herr Th. Schöffel aus Kattowitz.

Die Sperlingsplage. In den letzten Jahren wurde von Gartenbesitzern und von Landwirten wiederholt auf das Liebesfeld angedeuteten großen Schäden hingewiesen. In den Karlsruher Vororten ist vielfach der Anbau von Wintererbsen und unbegabtem Weizen durch die Sperlingsplage zur Unmöglichkeit geworden. Wie aus einer Anzeige in der gestrigen Nummer hervorgeht, bietet nun die Stadterwaltung den Landwirten und Gartenbesitzern die Möglichkeit, sich an der Bekämpfung der Sperlinge in wirksamer Weise dadurch beteiligen zu können, daß sie die unentgeltlich angebotenen Sperlingsnetze aufhängen und damit in die Lage kommen, die Sperlingsplage in leichter Weise vernichten und der allzustarrenden Vermehrung dieser Schädlinge vorbeugen zu können. Im Interesse der Allgemeinheit ist zu wünschen, daß von diesem Angebot ausgiebig Gebrauch gemacht wird.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Margarete Alara, Vater Emil Sommer, Buchdrucker. Ingeborg Fanny, Vater Josef Hed, Konieuer. Hermann, Vater Andreas Zeit, Schreibege. Margarete Maria, Adolf Hofwag, Kaufm. Hans Emil, Vater Emil Pimmmer, Elektromonteur. Helmut, Vater M. Klingler, Kaufmann. Werner August, Vater August Grünwald, Angler. Verta Maria, Vater Emil Benzel, Eisenarbeiter. Margarete Annemarie, Vater Aug. Schlier, Wagner. Karl Ludwig, R. Karl Kempf, Steinbildner.

Eheschließungen. Max Girch von hier, Kaufm. hier, mit Ana Vroh von hier. Ludw. Gauß von Wödingen, Kaufm. hier, mit Anna Artmann geb. Schläger von hier. Rudolf Panofsky von Blln, Ruchemmeister hier, mit Luise Joff von Emmendingen. Heinrich Hofenber von Ansbach, Privatm. hier, mit Caroline Wösch geb. Haag von Wimpfen. Friedrich Oranget von hier, Damenschneider hier, mit Elisabetha Berger von hier.

Polizeibericht vom 25. Febr. In der Nacht zum Freitag das 4 1/2 Jahre alte Töchterchen eines in der Göttes-auer Kaserne wohnenden Formers in einen mit lebendem Heubüschel verpackten Koffer, der im Gausjur Hand, und zog sich er-geblich Brandwunden zu. Die Leibesöffnung mit 1000 A In-halt entleert wurde gestern abend durch unbelannten Täter aus einer Wädelerei in der Löhndt.

Valuta-Bericht vom 24. Februar

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 3.87 1/2 Gls. Auszahlung Holland notierte 21.04 A per holl. Guld. Auszahlung Schweiz notierte 10.10 A per schwe. Fr. Auszah-lung England notierte 230 A per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.11 A per frz. Fr. Auszahlung Neupost notierte 61.68 * per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-wetterwarte vom 24. Februar 1921

Das trockene und heitere Wetter hielt auch gestern weiter an. In der Nacht zeigte die Temperatur in der Ebene 4 Grad Wärme und am Nachmittag 8 Grad Wärme. Der hohe Druck, der fast ganz Europa umgibt, wird seinen Einfluss auch weiter be-wahren. — Voraussichtliche Witterung bis Samstag nacht: Noch weiterhin heiter, kühlschöne Nebel, Nachtfrost, am Tage gemüß-lich, vorübergehend noch östliche, später südliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Magen 251 Zim., gef. 2 Zim., Mannheim 165 Zim., gef. 3.

Jugend und Sport

Kreis-Turn- und Spielfest 1921

des 10. Kreises vom Arbeiter-Turn- und Sportbund Am Sonntag, 20. Febr., fand in Durlach, Goltshaus zum „Ramm“ eine Festausführung statt, an welcher der Kreis- und Bezirksauswahl, sowie die Obliegen des festgebenden Ver-eins teilnahmen.

Es wurden dabei sehr wichtige Vorarbeiten erledigt. In der Quartier- und Nachfrage hat die Durlacher Stadtverwal-tung weitgehende Zugaben gemacht. Das Fest wird in allen Teilen in eigene Regie des Kreises übernommen. Einladungen und Fragebogen gegen den Kreisverein bis 10. April zu. Bis 15. Mai d. J. müssen dieselben beantwortet in Händen der Kreisleitung sein. An Stelle eines Festbuches wurde beschloffen eine Festkarte obligatorisch herauszugeben. Samstagmorgens fand an Hand eines genauen Planes eine Ver-teilung des Festplanes statt. Nachdem tagte der, technische

Ausdruck getrennt, während der Kreisauswahl mit den gewähl-ten Kommissionen den geschäftlichen Teil erledigte. Mit dem Wunsch für weitere erfolgreiche Zusammenarbeit schloß Kreis-vertreter Nagel die Sitzung.

Der Arbeitersport am Sonntag

Klasse B. Unterwiesheim — Sodenwiesbach in Unter-wiesheim. Walfahrtsweg — Lieboldheim in Lieboldheim.

Tabelle Klasse A		Tabelle Klasse B	
Spiele	Wen.	Spiele	Wen.
19	14	4	2
18	11	3	4
18	10	3	5
18	8	4	6
18	7	9	2
18	7	9	2
18	7	10	1
18	6	10	2
18	5	12	1
18	1	16	1

Wir schweift noch Protokoll. Forbere alle Spieler zum letztenmal auf, mir sämt-liche erzielte Resultate der unteren Mannschaften zugehen zu lassen, zwecks Verbesserung der Tabelle.

Bei 125 meißler der A-Klasse: 1. Mannst. Fr. L. Aus, 2. Mannst. Fr. L. Sagenfeld; B-Klasse: Turn- und Sportverein Spd mit 92 Punkten von 17 Spielen.

Lezte Nachrichten

Wägen gegen die schwarze Schwad München, 24. Febr. Im Eingabenausschuß des Landtags kam es zu einer Aussprache über die schwarze Schwad in den besetzten deutschen Gebieten. Die Regierung teilte mit, daß alle Bemühungen der deutschen Ableitung bisher erfolglos geblie-ben sind. Während die Unabhängigen es ablehnten, sich einem Protest anzuschließen, vereinigen sich die übrigen Parteien im Ausdruck des Abscheus und der Verachtung gegenüber der fran-zösischen Kulturplünderung.

Internationaler Sozialistenkongreß Wien, 24. Febr. Die internationale Sozialistenkonferenz begann heute mit einem Referat von W. L. Head, England über Imperialismus und soziale Revolution. Wallhead legte dar, daß Großbritannien sein Gebiet seit 1881 um vier Millionen englische Quadratkilometer vergrößert habe. Die englische Un-abhängige Arbeiterpartei bekämpfe den Vertrag von Versailles, da er von Räubern diktiert und für rein kapitalistische Zwecke

geschaffen sei. Die wichtigste Pflicht der Arbeiterklasse sei die Bekämpfung dieses Vertrages. Der Krieg habe 2 1/2 Millionen Arbeitslose in England geschaffen. Mit der Verschärfung des deutschen Militarismus sei den Völkern nicht gedient, wenn an seine Stelle ein anderer trete. Der Imperialismus sei der gemeinsame Feind der ausgebeuteten Massen aller Län-der. Die wichtigste Aufgabe sei, eine gemeinsame Front gegen den gemeinsamen Feind zu suchen und eine Vereinigung der sozialistischen Kräfte zu schaffen zur Niederwerfung des Kapita-lismus und des Imperialismus. (Beifall.)

Die Menterei von Kronstadt greift um sich

Ill. London, 24. Febr. Aus Gessingford wird gemeldet, daß die Menterei der Matrosen von Kronstadt immer weiter um sich greift. Die Matrosen von Kronstadt schweißten Truppen Petersburgs auf ihre Seite zu ziehen, um mit ihnen gemeinsam die Sowjetregierung zu stürzen. Die Stadt ist von kommunistischen Truppen umgibt und voll-ständig isoliert.

Japanische Schreckensherrschaft in Korea

London, 24. Febr. Verlässlichen Nachrichten aus Bladino-hol zufolge, die auf japanischen Angaben beruhen, haben die Japaner in den letzten fünf Monaten 631 Koreaner getötet, 1409 verurteilt, 25 984 Personen verhaftet und an 9844 Per-sonen die Prügelstrafe vollzogen.

Schriftleitung: Georg Schmitt. Verantwortlich: für Ar-tikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuiletton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos-senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Hefler; für den Anhangenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Bei 5 n. mehr Seiten
nr. 1.50 die Zeile
(Berufungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Arb.-Stenographen-Verein „Arens“.) Am 28. ds. Mts., abends 7 Uhr, beginnt in der Markgrafenstraße, Eingang Kreuzstr., Zimmer Nr. 4, ein Anfängerkursus in der deutschen Volkstanzschicht System Arens, wozu wir freundlichst einladen und bitten um zahlreiche Beteiligung. 2894

Karlsruhe. (Verband der Buchbinder.) Montag abend 7 1/2 Uhr in der Kronenstraße, 5, Mitgliederversamm-lung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. 2880

Durlach. (Naturfreunde.) Heute abend Vereinsabend mit Vortrag von Mitglied Emmerich über: „Meine Erlebnisse in Afrika“. Anfang um 7 1/2 Uhr im Lokal. 2877 Der Obmann.

Welt-Kino Kaiserstr. 133.
Telephon Nr. 5488.

Nur noch 3 Tage!

Die Sühne

Der letzte Film der Nirvana-Serie. 6 Akte.

Defekiv-Sensations-Abenteuerer-Schlager.

Sonntag unwiderruflich letzter Tag.

Montag und Dienstag

Harry Piel.

Wo kaufe

ich meine getr. Anzüge, Nebenzwecke, Hüte, Hosen, Wäsche, Möbel usw., bei

N. Schap

2186 Kaiserstr. 67
Eing. Waldhornstr.

Schlaf-Zimmer

schöne Einrichtungen, Betten, Schränke, Tische, Stühle, Sophas, Verichte, Chaiselongue, verkauft zu billigen Preisen

Kari Webemann,
Kaiserstraße 52
Telephon 2496.

Maßstatter Anzeigen.

Bestellung des Ortsbauplanes im Gewann Wöhrig und Niederwiesfeld betr.

Wir haben beim Bad. Bezirksamt hier beantragt, die Bau- und Straßensucht für die Hof-entzweigung zwischen Garten- und Sandstraße, nach dem diesseits vorgelegten Pläne festzulegen. Dies bringen wir gemäß § 8 Absatz 3 des Ortsbauordnungsbeschlusses vom 15. 10. 1903 mit dem Ansuchen zur öffentlichen Kenntnis, daß die Bau- und Straßensucht und Plan des Unternehmens beim Bezirksamt und auf dem Rathaus dahier — Zimmer 9 — zur Einsicht offen liegen und ein-malige Einwendungen beim Bezirksamt oder bei diesseitiger Stelle binnen 14 Tagen vom 17. 2. 21 an gerechnet, vorzubringen sind, widrigen-falls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln be-ruhenden Einwendungen als verfallen gelten.

Karlsruhe, den 19. Februar 1921.

Gemeinderat.
Karrer. Joller.

Neu eröffnet und renoviert!

Spanische Weinstube zur Loreley

Amaliensstraße 46 Telephon 3274 Am Kaiserplatz

Garantiert reine spanische Herb- und Süßweine

Gute Küche :: Eigene Schlachtung

Freitag und Samstag

Schlacht-Tage.

Sonntag morgen Schweinsknoche.

Billige Möbel

Schlafzimmer von 1000 A an, Küchen-Einrichtungen von 1100 A an, einzelne Möbelstücke, Kleider-schränke, Bettstellen, Ra-derische, Nimmerrische, Ver-richte, Divans ganz billig abzugeben. 2874

Möbelgeschäft

Zofienstraße 152

elektrische Heißeisene, Sofen- und Schillererische

Neue 2874

Büchereinrichtungen

Druck, Erden, Tisch, 2 Hefen, eichen, Tisch ab-geplattiert für 985 RM. zu verkaufen 2. Graf, Hauptstr. 24 a. 4. St.

Bauamtsvorstandsstelle.

Die Stelle des Vorstandes unseres Bauamts mit der Amtsbezeichnung „Stadtbaumeister“ ist auf 1. April ds. J. neu zu besetzen. Bevorzugt wird ein Bewerber, der neben dem Tiefbau über Erfahrungen im Hochbauwesen verfügt. Gehalt nach Klasse X der staatlichen Besol-dungsordnung. Anderwärts bereits jugebrauchte Dienstjahre werden nach Vereinbarung ange-rechnet.

Bewerbungen wollen bis 10. März ds. J. einreichen werden.

Karlsruhe, den 22. Februar 1921.

Der Gemeinderat:
Karrer. Joller.

2 Aufklärungs-Vorträge

Erscheint in Massen!

Apollo-Saal, Marienstraße.

Samstag, 26. Februar,
abends 6 Uhr

Thema:

Diwans

neue, von 600 RM. an

Himbeer-Johannis-Beeren-Planken billig zu verkaufen. Gedrungen, hinter dem „Eichen“.

2 großartige Siegen

zu verkaufen. 2883

Karl Siegel, Kautingen
Kornstraße 12.

Lebensmittel-Verteilung

für die Zeit vom 26. Februar bis 3. März 1921.

1. Kolofest und Schweinefleisch im freien Verkehr wie früher zum Tagespreis.
2. Rindfleisch: geizig und ungez. in den einschlägigen Geschäften im freien Ver-kehr.
3. Als Mittwoch den 2. März 1921 wird beurlaubt:
3. Heferlöcher: Kopffleisch 1 Pfund gegen Vor-zeigung des Brotausweises. Preis per Pfund 2.50 M.
4. Kindergerstemehl: in 1/2 Pfund-Paketen zum Preise von 2.40 M. steht ein kleines Quantum bei Kaufmann Mittel und wird, solange Vorrat reicht, ohne Marken abgegeben.
5. Zucker: Kopffleisch 700 Gramm gegen Abgabe der neuen Zuckerkarte. Preis der Kopf-fleisch 5.15 M.
6. Weizengries: Kopffleisch 250 Gramm (1/2 Pfd.) gegen Abgabe der Fettkarte Nr. 3. Preis der Kopffleisch 1 M.
7. Krankebrot: Das Baden von Krankebrot für die Monate März-April 1921 wurde den Bäckereien
- Karl Schönleber, Kriegsstraße, Ernst Speck, Kaiserstraße, und Gerannan Oab, Kaiserstraße, übertragen.
8. Kartenausgabe: Die Ausgabe der Brot-, Fett- und Zuckermarken findet statt am Montag, den 28. Februar, vorm. 7 1/2 Uhr bis 12 Uhr für die Nummern 1-1000, nachm. von 3 bis 6 Uhr für die Num-mern 1001 bis 2000; am Dienstag, den 1. März, vorm. 7 1/2 Uhr bis 12 Uhr für die Nummern 2001 bis 3000, nachm. 3 bis 6 Uhr für die Nummern 3001 bis 4000. Jedermann hat die Karten, die ihm ausgefertigt werden, sofort nachzu-senden. Spätere Beschwerden, daß je-

Der Untergang des Kapitalismus, aller Kirchen und Sekten-systeme durch die dritte kommunistische Internationale. Gottes Abrechnung mit den Völkern Europas nah!

Sonntag, 27. Februar,
abends 8 Uhr

Thema:

Landestheater

Spieleplan vom 26. Febr. bis 7. März. Sa. 26. „Judith“ 8 1/2 (12.). — So. 27. „Die Meistersinger von Nürnberg“ 4 1/2 (26.). — Mo. 28. Volksbühne J. S. „Der Evangelist“ 7 (17.). — Di. 29. „Die Entführung aus dem Serail“ 7 (17.). — Mi. 30. „Der Leibarzt“ 7 (12.). — Do. 31. zum letztenmal. „Der lebende Leichnam“ 8 1/2 (12.). — Fr. 1. März. „Die Bohème“ 7 (17.). Sa. 2. „Judith“ 8 1/2 (12.). — So. 3. Morgensveranstaltung des Theaterkulturverbandes. Vortrag von Prof. Dr. Dillenius über das Theater und das neue Publikum; abends 6 1/2 Uhr „Zauber-stöbe“ (30.). — Mo. 7. V. L. Sinfoniekonzert des Lan-destheaterorchesters. Dirig. Fritz Cortolozzi.

Konzerttheater

Volksbühne L. S. Pension Schöller 7-9 Uhr.

Baden-Baden.

Am Samstag, den 26. Februar, bleibt die Verkaufsstelle Klasse 5 geschlossen.

Lebensmittelamt.

Was ist die Ursache allen Un-glücks und der heutigen Welt-anklände der bis ins Mark und Bein zerrütteten Menschheit.

Fragen werden beantwortet!

Sonntag, 27. Februar,
abends 7 1/2 Uhr. Karten M. 1.-u. 2.

Referent:

Ch. Schotter aus Kattowitz O.-S.

B. Baden. Kurhaus Gartensaal.

Sonntag, den 27. Februar 1921,
nachmittags 4 Uhr

Volks-Sinfoniekonzert

des städtischen Orchesters.

Solist: **Alfred Schöcher** (Klavier) aus Königsberg.

Leitung: Musikdirektor **Paul Helm.**

Zum Vortrag gelangen Werke von Schumann (Klavierkonzert) und von Beethoven.

Karten zu Einheitspreisen von 2 Mark an der Kurhauskasse.

Volks-Buchhandlung

der Sozialdem. Partei befindet sich

Karlsruhe, Adlerstrasse 10.

Telephon 3701.

Frankonia
C.B. 1305
Telefon 3637.

Samstag, den 26. Febr.
abends 8 Uhr
Spielerversammlung
mit Wahl des Spiel-
Ausschusses
Erscheinen sämtlicher
Aktiven ist Pflicht.

Sonntag, den 27. Febr.
**I. Mannschaft in
Eftlingen.**

**III. Mannschaft in
Au a. Rh.**

A. H. 10 Uhr Training
Abfahrtszeiten werden
in der Versammlung
bekanntgegeben.
Von 7 Uhr ab Zusam-
menkunft im Lokal.

**Beierthemer
Fußball-Berein.**

Sonntag, den 27. Februar
1/3 Uhr auf unserem Platz
Liga-Spiel

Sp.-Cl. Freiburg

Junioren gegen S. F. B.
1 Uhr S. F. B.-Platz

Ausgezeichnet
und äußerst billig ist



Rindfleisch
in eigenem Saft
1/4 kg Dose

Mark **15.-**
Erhältlich in sämtlichen
Verkaufsstellen

Gebrüder
HENSEL

**Wäscherei
Schorpp**
vorkauf auch
Neue Kragen.

Billiges Angebot!

Ein Posten Schlafdecken
Jacquarddecken
per Stück 45.- 50.- 55.- 75.- 80.-
90.- 120.- 150.- 180.-

Größere Posten weisse und bordeaux
Bettendamaste
Lagerbesuch lohnend.

Grosse Vorteile für Wiederverkäufer.
Arthur Baer

Kaiserstrasse 133, eine Treppe hoch
Eingang Kreuzstrasse. 2885

Prima Schweineschmalz
in bekannter Güte wieder eingetroffen
garantiert rein Pfund **12.50**
Cocosfett, prima **11.75**
Prima Speiseseife Pfund **11.25**
Beste Speisemargarine **11.50**
Kakao, gebr. Pfund **24.00** **20.00**
Kakao Pfund **18.00**
Tee 1/4 Pfund **7.00**
Milch, gez. Dose **10.50**
Milch, kond. Vollmilch Dose **9.00**
Corned-Beef, Engl. Pfd.-Dose **7.25**
Prima Vollreis Pfund **3.00**
Weisser Griess Pfund **3.75**
Apfelsin, zuckergesüßt, Kilo-Dose **3.00**
la Tafel-Salatöl Liter **21.00**
Weisser Tischwein inkl. Steuer Mk. **9.00**
II. Wurst- und Käsesorten in bekannter
Qualität zu billigsten Preisen.
**Karlsruher Feinkost-Handlung
Otto Pulvermüller**
Gartenstr. 37, Ecke Hirschstr. Tel. 3938.

Weisse Woche

von Tausenden erwartet
beginnt Montag, 28. Febr.

Preise u. Qualitäten sprechen für sich selbst.
Besichtigen Sie unsere Fenster.

Vorverkauf Samstag, 26. Febr.

Ein Beispiel:

Ueber **2000** Stück
Weisse Einsatz-Hemden
für Herren mit schönen hellfarbigen und weissen
Einsätzen, in allen Grössen

durchweg
39⁵⁰

Geschw. Knopf

3110

Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter
in Baden n. d. S., Sitz Karlsruhe.

Großer Räumungs-Verkauf in Herren-Anzügen und Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Wegen Aufgabe und Räumung unseres Lagers in **La Herren-Konfektion**
(bei guten Stoffen und bester Verarbeitung) sowie guten **Herren-, Damen-
und Kinder-Stiefeln** veranstalten wir bei bedeutend herabgesetzten Preisen
— teilweise bis zu 50% — einen Sonderverkauf.

- Herren-Anzüge** in der Preislage von **M 250.— bis 800.—**
- Herren-Stiefel** " " " " **M 100.— " 198.—**
- Damen-Stiefel** " " " " **M 100.— " 190.—**
- Kinder-Stiefel** " " " " **M 60.— " 150.—**

Genossenschaftler, gewerkschaftlich organisierte Angestellte,
Arbeiter und Beamte!

Läßt Euch diese äußerst günstige Gelegenheit nicht entgehen, ohne Euren
Bedarf bei uns zu decken.

Verkauf täglich von 8—12 und 2—6 Uhr in unserem Lager Karlsruhe,
Alter Bahnhof, Kr.egstr. 7, Eingang von der Bahnsteigseite.
Mitgliedskarte mitbringen!

2702

Pferdefleisch = Preisabstufung!
Verkauf ab Freitag prima fettes
Fleisch zu 6 Mk. das Pfd., Fleisch, wurst
zu 7 Mk. das Pfund. 2865
Filialen: Turlacherstr. 68 und
Auerstr. 49.
Theo Gramlich, Pferdeschlächtere.

Zigarren
Selbstfabrikation aus rein überreife Tabak in
der Preislage von 0.50 bis 1.50 Mk.
Frau Marie Anselment Wwe.
Karlsruhe i. B. 2866
Raifer-Allee 111. Tel. 3276.

Central-Lichtspiele
Karl-Friedrichstr. 26 — Tel. 768.

Das Heldenmädchen der Prarie! Ab heute!

Sensationsdrama aus dem wilden Westen in 5 großen Akten.
John Jeffries, ein Farmer
Kitty Bessy, seine Tochter
Harry Nuclean, Cowboy
Falkenauge, Häuptling d. Ricarre-Indianer.
Indianer, Farmer, Cowboys.
(Einer der größten Wildwest- u. Cowboyschlager, der bis jetzt in Karlsruhe gezeigt wurde.)
Ab morgen: (amysre, 2. Teil.)

Freie Turnerschaft Karlsruhe C. B.

Sonntag, den 27. Februar 1921, nachm. 1/3 Uhr, findet unser diesjähriges
Schülerinnen- und Schüler-Schauturnen

in nachfolgenden Abteilungen statt:
Abt. Dittstadt: Tullastraße, Schüler
Abt. Dittstadt: Tullastraße, Schüler
Abt. Dittstadt: Tullastraße, Schüler
Abt. Dittstadt: Tullastraße, Schüler

Wir laden die Angehörigen unserer Schüler und sonstige Freunde der Turnbewegung hierzu freundlich ein und er-
suchen um recht zahlreichen Besuch. 2862
Eintritt frei.
Morgen Samstag abends 8 Uhr im Vereins-
lokal Spielerversammlung der Fußball-
abteilung, sowie Vortragsabteilung.
Der Turnrat.

FRIEDRICHSHOF
JEDEN SAMSTAG UND SONNTAG ABEND

KÜNSTLER-KONZERT.

Wir bringen einige tausend Zentner
Stockholz
90% Hartholz, geprengt, frei von Wurmlern und
Erde zum Verkauf. Preis Mk. 8 pro Zentner im
Haus des Bestellers. Verteilung wird auf Wunsch
übernommen. Ferner offerieren wir
außerbadisches Brennholz
ohne Holzart, 2/3 Buchen, gefügt und gepalten,
frei Keller zum Preise von Mk. 17.90, Kiefernholz
sein gepalten, zu Mk. 18.40 pro Zentner.
rationiertes Brennholz
auf Holzart, ab Lager (Geyerstraße) oder frei
Keller.
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für
Erwerbsbeschränkte und Erwerbslose
Jägerstraße 100. Telefon 8278

Spare Geld
denn spiegelblank werden
auch ältere Stetel durch
Erdal mit wenig Bürsten-
strichen,
spare durch
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun. Alleinherst. Werner & Pöschel.